

Armut und Reichtum in Kärnten

Wien, Dezember 2008

INHALT:

Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“	3
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutgefährdung und Armut.....	6
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut.....	10
Bildung verringert das Armutsrisiko	11
Über 24.100 PensionistInnen in Kärnten weiterhin armutsgefährdet.....	12
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko.....	14
Über 11.400 armutsgefährdete MigrantInnen	16
Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich.....	17
Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt	19
Soziale und kulturelle Teilhabe.....	20
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung	21
Anstieg der Haushaltsausgaben.....	22
Hohe Wohnkosten in Kärnten.....	24
Verschuldung erhöht Armutgefährdung stark.....	25
Armut ist ein Gesundheitsrisiko	26
Reichtum nimmt auch in Kärnten zu	27
Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument.....	36
Zusammenfassung.....	45
Quellenverzeichnis	48

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft.¹ Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.²

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2006) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2006³

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.711	893	765
1 Erwachsener und 1 Kind	13.924	1.160	995
2 Erwachsene	16.067	1.339	1.148
2 Erwachsener und 1 Kind	19.280	1.607	1.377
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.493	1.874	1.607
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.706	2.142	1.836

Auskunft darüber, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind, gibt die Armutsgefährdungslücke. Diese kann „als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle“⁴ (in Prozent) interpretiert werden. Demnach lag das Einkommen der armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen im Jahr 2006 durchschnittlich um 15,5% unter dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens. Bei armutsgefährdeten Einpersonenhaushalten lag das Durchschnittseinkommen also de facto bei 647 Euro netto (mal 14), zwei Erwachsene mit einem Kind mussten mit durchschnittlich 1.164 Euro netto im Monat auskommen.

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition von Armutsgefährdung kritisiert wird. Denn zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme. Um prekäre Lebenslagen und soziale Teilhabechancen zu beurteilen, werden auch nichtmonetä-

¹ der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2003/2004“ erschien im Februar 2005

² zuletzt erschienen: Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2007

³ ebenda, S.33

⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.32

re Indikatoren einbezogen. In Anlehnung an die europäische Sozialberichterstattung werden fünf zentrale Lebensbereiche zur Beschreibung von Deprivation ermittelt: sich grundlegende Dinge (wie Kleidung oder Kreditraten) nicht leisten können, sich zeitgemäße Konsumgüter (wie Auto, Computer) nicht leisten können, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Mängel in der Wohnung und schließlich Benachteiligungen durch die Wohnumgebung. So lebten zuletzt (2006) 2,1 Mio. Menschen (ein Viertel der österreichischen Bevölkerung) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. Das sind um 63.000 Menschen mehr als noch im Jahr 2005. Ebenfalls 2,1 Mio. ÖsterreicherInnen lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. 758.000 konnten es sich zuletzt (2006) nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 396.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 313.000 konnten aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten und 284.000 ÖsterreicherInnen waren 2006 mit Zahlungen im Rückstand, um 52.000 Menschen mehr als ein Jahr zuvor.⁵

Treffen Einkommensarmut und die beschriebene Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Bei 459.000 (der mehr als 1 Mio. armutsgefährdeten) Menschen in Österreich zeigte sich 2006 neben dem unzureichenden Einkommen also zusätzlich Deprivation in mindestens einer dieser Dimensionen. Diese Menschen befanden sich damit in manifesten Armut.⁶

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich stieg – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. 2004 und 2005 sank sie geringfügig auf 12,8 bzw. 12,3% um 2006 wieder auf 12,6% zu steigen. Mit dieser Armutsgefährdungsquote von 12,6% lag Österreich 2006 im europäischen Vergleich relativ gut. Am geringsten ist die Armutsgefährdungsquote in Staaten mit ausgeprägten öffentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wie Norwegen, Island und den Niederlanden (mit Quoten unter und um 10 bzw. 11%). Am höchsten sind die Armutsgefährdungsquoten in Südeuropa sowie Großbritannien und Irland und einigen der neuen EU-Besitzländer (mit Werten um die 20%).⁷

Aus den Veränderungen der Armutsgefährdungsquote in Österreich während der letzten Jahre kann nicht auf eine tatsächliche Veränderung der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „*die Veränderung gegenüber 2005 liegt im Bereich der statistischen Zufallsschwankung*“, sagt der Bericht der Statistik Austria.⁸ Der Sozialbericht 2003/2004 räumte aber ein, dass „*steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkom-*

⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 124

⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 45

⁷ epp.eurostat.ec.europa.eu/

⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 15

*mensverlust für die unteren Einkommenschichten in Österreich*⁹ sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit versucht wird.⁹

Tatsächlich stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen¹⁰ in Österreich in den letzten 5 Jahren zuerst von 232.418 im Jahr 2002 auf 252.654 im Jahr 2005, nahm aber in den beiden Folgejahren auf 222.248 im Jahr 2007 ab.¹¹ Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erhöhte sich in Österreich von 148.983 Personen im Jahr 2001 sogar auf 191.244 im Jahr 2006 – eine Zunahme um mehr als 42.000 Personen.¹²

Auch in **Kärnten** ist die Zahl arbeitsloser Menschen bis zum Jahr 2003 angestiegen, hat im Jahr 2004 angenommen um anschließend wieder anzusteigen. Zuletzt, im Jahr 2007, ist die Zahl der Arbeitslosen wieder gesunken, auf 16.280 Personen.¹³ Damit ist der Rückgang mit 5,7% jedoch deutlich geringer als im österreichweiten Durchschnitt (-7,1%). Kärnten hatte im Jahr 2007 mit 7,3% die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer nach Wien und dem Burgenland. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Kärnten, in den letzten 5 Jahren, ebenfalls von 3.608 Personen 2001 auf 5.086 Personen im Jahr 2006.¹⁴ Kärnten verzeichnete damit – mit plus 41% - den höchsten Anstieg aller Bundesländer.

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Danach waren in **Kärnten** 2004 13,1% (73.000 Menschen)¹⁵ und 2005 16,3% der Bevölkerung oder 91.000 Menschen armutsgefährdet¹⁶, wobei auch hier eine gewisse statistische Schwankungsbreite zu beachten ist. So ist auch das Sinken der **Armutsgefährdung in Kärnten auf 14,6% oder 83.000 Menschen im Jahr 2006** zu sehen. Mit 14,6% war die **Armutsgefährdungsquote in Kärnten 2006 die zweithöchste aller Bundesländer**.¹⁷

Überdurchschnittlich hoch ist Armutsgefährdung unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, Menschen mit keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit, weiters bei AlleinerzieherInnen, Familien mit drei und mehr Kindern bei alleinstehenden PensionistInnen und unter MigrantInnen. Noch höher (30 und mehr %) ist die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen und MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten. Am höchsten ist die Armutsgefährdung bei Menschen, die von Sozialleistungen leben (45% aller solcher Haushalte) sowie bei Langzeit-

⁹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

¹⁰ Verwendet werden immer die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt

¹¹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹² Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2006

¹³ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹⁴ www.statistik.at

¹⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.29

¹⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.32

¹⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 31

arbeitslosen (40% bei Arbeitslosigkeit bis zu 6 Monaten, und sogar 52% bei Arbeitslosigkeit länger als 6 Monate).¹⁸

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2006) durchschnittlich nur 7% und damit nur halb so viel wie der Durchschnitt.

Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht ebenfalls in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit.

Die Erwerbstätigenquote lag in **Kärnten** zuletzt (2006) mit 66,7% unter dem österreichischen Durchschnitt (70,2%). Bei den Männern betrug sie 74,1% (Ö: 76,9,5%), bei Frauen 59,4% (Ö: 63,5%). Die Erwerbstätigenquote in Kärnten liegt also in allen Bereichen unter dem österreichischen Durchschnitt.¹⁹

In den letzten Jahren wird jedoch eine neue Entwicklung zunehmend zum Problem: es gibt immer mehr Menschen, die als „working poor“ bezeichnet werden. Es sind Personen, „*die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt*“.²⁰

Die Armutsgefährdung teilweise erwerbstätiger Haushalte hat in Österreich gegenüber 1999 deutlich zugenommen. 1999 betrug die Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigenhaushalte nur 6%, 2006 kaum verändert 7%; in Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdung 1999 8%, 2006 aber bereits 15%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdung 1999 25%, 2006 aber bereits 32%. Nur in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4% unverändert.²¹

Vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. „*Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsge-*

¹⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.140 ff.

¹⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, S. 199-200

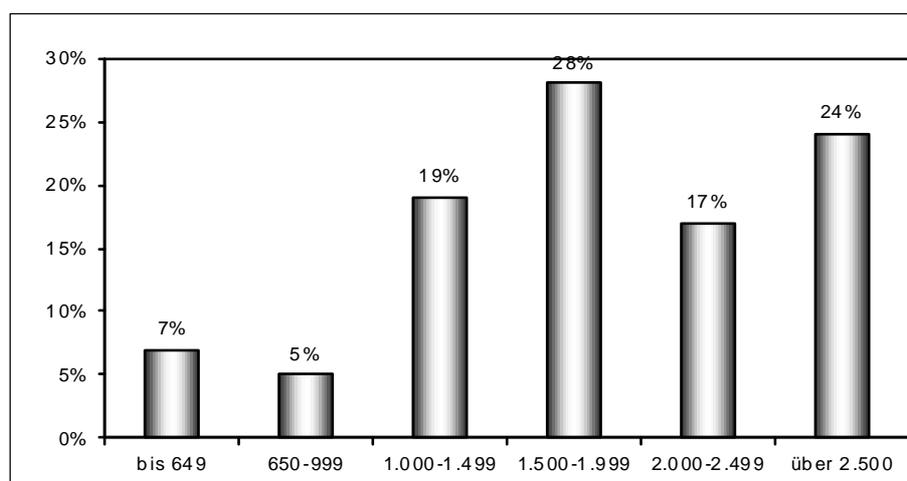
²⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.35

²¹ vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192

fährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.²²

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmete dem Thema „Armutsgefährdung trotz Arbeit“ erstmals ein ganzes Kapitel²³ und stellte u.a. fest: „Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...).“²⁴ Auch die Folgeuntersuchung im Jahr 2006 widmete sich diesem Thema. 7% oder 230.000 erwerbstätige Personen waren 2006 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet. Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind also fast die Hälfte (41%) erwerbstätig.²⁵ Vor allem in Haushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 24%. Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen. In Österreich stellen Frauen insgesamt etwa 60% der prekär Beschäftigten.²⁶

Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Kärnten 2006²⁷



²² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

²³ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.45-51

²⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.46 und 48

²⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.34

²⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.38

²⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.153

EU-SILC weist für Kärnten im Jahr 2006 aus, dass **12% der** (etwa 188.000 unselbständig) **Erwerbstätigen in Kärnten ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro brutto im Monat** hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle lebten. **In Kärnten sind rund 21.000 unselbständig Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet („working poor“).**

Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten ist in Kärnten 2006 gegenüber den Jahren davor zwar leicht gestiegen (plus 1.660 oder 1,3% im Jahr 2007 gegenüber 2006), in Relation stärker gewachsen ist mit 4,7% jedoch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (plus 1.670 von 2006 auf 2007). **2007 waren in Kärnten nur mehr 55% aller Beschäftigungsverhältnisse** (133.793 von 244.808) „Normalarbeitsplätze“, d.h. dass ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen ausgeübt wurde. Dieser Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienten in Kärnten nur etwa 49% eines Vollzeitbeschäftigten.

Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Kärnten in Euro 2006 und 2007²⁸

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	85.233	86.536	26.343	26.880	1.882	1.920
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	4.402	4.865	14.167	15.574	1.012	1.112
nicht ganzjährig beschäftigt	41.754	39.628	9.542	9.414		
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	46.901	47.257	20.335	20.922	1.453	1.494
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	31.094	32.296	11.240	11.635	803	831
nicht ganzjährig beschäftigt	33.956	34.226	5.362	5.284		
gesamt:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	132.134	133.793	24.210	24.776	1.729	1.770
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	35.496	37.161	11.603	12.150	829	868
nicht ganzjährig beschäftigt	75.710	73.854	7.667	7.500	548	536
	243.340	244.808				

Etwa 73.854 (30%) der Beschäftigungsverhältnisse in Kärnten waren 2007 nicht ganzjährig. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen lag 2007 dabei deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte also neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgefährdungsgrenze. Die Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich dennoch überdurchschnitt-

²⁸ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2006 und 2007

lich hoch bei 16%. Auf Kärnten umgerechnet **waren 2007 rund 11.800 Personen armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren.** Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.

Die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko. Personen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.

Zwischen Frauen und Männern zeigt sich weiterhin ein deutlicher Einkommensunterschied. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle. Frauen sind beispielsweise stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.²⁹ Obwohl im Jahr 2007 54% der ArbeitnehmerInnen in Kärnten Männer und 46% Frauen waren, erhielten die Männer 66% sämtlicher Arbeitnehmer-BruttoBezüge, die Frauen dagegen nur 34%, was dem österreichischen Durchschnitt entspricht.³⁰

Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist weiters, dass erwerbstätige Frauen, bedingt durch ihre Aufgaben in der Familie (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw.) wesentlich öfter nur geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr **2007 waren in Kärnten 73% aller geringfügig Beschäftigten Frauen** (11.513 von 15.875)³¹.

Eine wesentliche Ursache für die verringerte Erwerbstätigkeit der Frauen sind Kinder. Mit steigender Kinderzahl wird der Arbeitsplatz häufig zu Gunsten von Haushalt und Betreuungsaufgaben aufgegeben. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei 80%. Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt bzw. das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.³²

Neben Alter und Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Von

²⁹ vgl. dazu: ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich 2004, S.11

³⁰ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, eigene Berechnung

³¹ <http://www.sozialversicherung.at>

³² mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Österreich knapp zwei Drittel erwerbstätig, bei höheren Bildungsabschlüssen sind es etwa 80%.³³

Auch Selbständige sind nicht vor Armut geschützt, auch wenn ihr durchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko mit etwa 9% unter dem Durchschnitt liegt.³⁴ In Kärnten gab es zuletzt (2005) etwa 18.200 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig waren.³⁵ **Etwa 1.640** davon waren **armutsgefährdet**.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei Haushalten mit einem Arbeitslosen deutlich - auf 33% - an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 40% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.³⁶ Diese Personengruppe weist gemeinsam mit Personen in Ausbildung auch die größte Lücke zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und der Armutsgefährdungsschwelle auf.

Im Jahr 2007 waren in Kärnten durchschnittlich 16.278 Menschen arbeitslos. Kärnten hatte mit 7,3% die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.³⁷ Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen (11%) und langzeitarbeitslosen (40%) Personen aus³⁸, so ist anzunehmen, dass in **Kärnten im Jahresdurchschnitt 2007 dennoch mindestens 1.800 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet** waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl **das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Kärnten** (aber auch in Österreich insgesamt) **unter der Armutsgrenze** liegen.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2007 bis zu 65 Euro, bei arbeitslosen Frauen bis zu 233 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2006 und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen noch deutlicher (um etwa 257 bis über 398 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt wer-

³³ mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“

³⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.140

³⁵ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S.62f.

³⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

³⁷ AMS: Arbeitsmarktdaten (www.ams.at)

³⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

den kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Kärnten 2007³⁹

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
	in Euro			
Männer	27,60	828,00 - 855,60	21,20	636,00 - 657,20
Frauen	22,00	660,00 - 682,00	16,50	495,00 - 511,50
insgesamt	25,20	756,00 - 781,20	19,10	573,00 - 592,10

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass das Arbeitslosengeld der Männer in Kärnten geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt von 27,00 Euro pro Tag liegt, jenes der Frauen leicht unter dem österreichischen Durchschnitt von 22,10 Euro pro Tag. Auch bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittliche tägliche Bezug bei Männern mit 21,20 Euro leicht über dem österreichischen Durchschnitt (21 Euro), bei Frauen dagegen mit 16,50 Euro etwas darunter (16,70 Euro).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Kärntner Arbeitnehmer war 2007 um 25% höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war sogar um 28% höher als jene der Frauen.

Bildung verringert das Armutsrisiko

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung hat – wie erwähnt – große Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung. 82% der im Jahr 2007 arbeitslosen Menschen in Kärnten hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss.⁴⁰ Bildung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt aktiv teilzunehmen, auch die Höhe des Erwerbseinkommens wird maßgeblich durch Bildung beeinflusst. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 22% überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren Schule beträgt sie 8%, bei MaturantInnen 10%. Bei AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 6% unterdurchschnittlich.⁴¹

Kärnten: 17% der erwerbstätigen Kärntnerinnen und Kärntner über 15 Jahren (etwa 43.800 Menschen) hatten 2001 als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss.

³⁹ www.ams.at Arbeitsmarktdaten

⁴⁰ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

⁴¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

156.400 (61%) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Knapp 31.600 (12%) der Erwerbstätigen hatten den Abschluss einer Allgemeinbildenden oder Berufsbildenden höheren Schule aufzuweisen. Und etwa 26.600 (10%) hatten den Abschluss eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität.⁴² In Kärnten gab es, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, überdurchschnittlich viele Personen mit Abschluss einer Lehre oder Berufsbildenden mittleren Schule, dagegen liegt der Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss unter dem Schnitt. Damit liegt das allgemeine Bildungsniveau in Kärnten leicht über dem österreichischen Schnitt.⁴³

Im Schuljahr 2005/06 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit 46,1% aller SchülerInnen und Studierenden in Kärnten allerdings deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 54,5%.⁴⁴

41% aller Frauen in Kärnten (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige), 98.800 Personen, hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 23% (51.100) der Männer. Im Bereich der höheren Bildung liegt Kärnten sowohl bei Männern, als auch bei Frauen deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. . Im Bereich der höheren Bildung haben Frauen in Kärnten allerdings deutlich aufgeholt: hatten noch 1991 nur 12,5% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (15,1% der Männer), so waren es 2001 bereits 17,4% der Frauen (18,3% der Männer).⁴⁵

Über 24.100 PensionistInnen in Kärnten weiterhin armutsgefährdet

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Kärnten im Jahr 2007 jährlich 17.577 Euro netto (Österreich: 18.552) betrug (= ca. 1.256,- x 14), betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Kärnten im Jahr 2007 nur 12.034 Euro netto (= ca. 860,- x 14) (Österreich: 12.748).⁴⁶ Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit in Kärnten bei Frauen um ca. 6% und bei Männern um 5% über dem österreichischen Durchschnitt.

Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen wieder. Der Hauptverband der Sozialversicherungen weist für 2007 die durchschnittliche monatliche Pension bei ArbeiterInnen in Österreich mit 995 Euro für Män-

⁴² vgl. Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.119

⁴³ Die Zahlen für Gesamtösterreich: Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Pflichtschule 23%, Lehre oder berufsbildende mittlere Schule 54%, Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung AHS/BHS 12% und darüber 11%.

⁴⁴ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 4.09

⁴⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.18

⁴⁶ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007; sie weist 73.310 Frauen und 64.300 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

ner und 567 Euro für Frauen aus, bei Angestellten mit 1.736 Euro für Männer und 1.016 Euro für Frauen, bei Gewerbetreibenden mit 1.461 Euro für Männer und 913 Euro für Frauen und bei Bauern mit 958 Euro für Männer und 491 Euro für Frauen. Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspensionen hatten eine durchschnittliche Höhe von 863 Euro, Witwenpensionen von 575 Euro.⁴⁷ Und die Lohnsteuerstatistik 2007 weist die durchschnittliche monatliche Nettopension von BeamtInnen für Männer mit 1.873 Euro und für Frauen mit 1.554 Euro aus, von Vertragsbediensteten für Männer mit 1.093 Euro und für Frauen mit 760 Euro.⁴⁸

Im Dezember 2007 hatten 18,8% der PensionistInnen in Kärnten (24.114 Personen) eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 262 Euro pro Monat⁴⁹) bekamen.⁵⁰ Die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes (für Einzelpersonen) betrug 2007 726 Euro für Alleinstehende und 1.091 Euro für Ehepaare monatlich, 2008 747 Euro für Einzelpersonen und 1.120 Euro für Ehepaare, was allerdings nur den Armutsgefährdungsschwellen der Jahre 2004 und 2005 entsprach. Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulage lag und liegt damit unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2006 – bei Einzelpersonen etwa um 39 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 57 Euro pro Monat. Mit anderen Worten: **2007 waren immer noch 24.114 AusgleichszulagenbezieherInnen in Kärnten armutsgefährdet**. Frauen waren hiervon stärker betroffen: 68% der Ausgleichszulagenbezieher waren Frauen.⁵¹

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich und auch in Kärnten alleinstehende Frauen. 28% aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 22% aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.⁵² Haushalte von Alleinerzieherinnen (im Jahr 2007 etwa 258.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (im Jahr 2006 etwa 431.000 in Österreich⁵³) sowie Pensionistinnen (etwa 408.000 in Österreich im Jahr 2007) stehen am unteren Ende der Einkommensskala in Österreich.⁵⁴ In Kärnten waren 2001 über 67.000 erwachsene Frauen unverheiratet, weitere 54.500 geschieden oder verwitwet.⁵⁵ Etwa 44.600 Kärntnerinnen lebten im Jahr 2007 allein, 20.600 sind Alleinerzieherinnen.⁵⁶

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen verstärken sich im Alter: In Kärnten hatten 2007 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 46% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Erhielten die Frauen ganzjährig Bezüge, so betrug ihre durchschnittliche Net-

⁴⁷ Hauptverband der Sozialversicherungsträger

⁴⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S. 157, 160, 164, 167

⁴⁹ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 263 Euro pro Monat

⁵⁰ Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.22

⁵¹ Hauptverband der Sozialversicherungen

⁵² Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

⁵³ Statistik Austria: EU SILC 2006, S.38

⁵⁴ www.statistik.at, Bevölkerung, Haushalte

⁵⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001, Hauptergebnisse I – Kärnten, S.68

⁵⁶ www.statistik.at, Bevölkerung, Haushalte

tojahrespension 12.410 Euro (886 Euro monatlich x 14). Verfügten sie jedoch über nicht ganzjährige Bezüge, dann betrug ihre Pension nur 5.366 Euro,⁵⁷ womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Bezüge schon im Erwerbsleben und noch mehr in der Pension für Frauen das Armutsrisiko deutlich erhöht. 34% (etwa 21.800) der 64.900 Pensionistinnen in Kärnten hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.⁵⁸ Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.

„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein erhöhtes Armutsrisiko von 16%, selbst wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Seit 1993 wird in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 nur 2,90 Euro, in der Pflegestufe 7 8,60 Euro.⁵⁹

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen sollen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Aufwendungen für die Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich weiter (auf 20%), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegenotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen.

⁵⁷ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006

⁵⁸ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.12

⁵⁹ Statistik Austria: www.statistik.at

In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sog. „verschämter Armut“. In **Kärnten** erhielten zuletzt (2006) 27.601 Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben). Mit 4,9 % der Bevölkerung entsprach die Inanspruchnahme leicht über dem Bundesschnitt. Mehr als die Hälfte von ihnen (58%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, das ist etwas mehr als im österreichischen Durchschnitt (56%).⁶⁰

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Kärnten im Jahr 2006 weitere 5.629 Menschen Landespflegegeld⁶¹ (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit 10 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, welcher Landespflegegeld bezog, über dem österreichischen Durchschnitt (7 von 1000 EinwohnerInnen).

Es gibt auch in Kärnten eine deutliche Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise Pflegebedarf entsteht.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2005) wandte das Land Kärnten für die Alten- und Pflegeheime 52 Mio. Euro auf, 38 Mio. für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 19,7 Mio. Euro.⁶²

Armutsgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht oft dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird und/oder erhebliche Kosten für Pflegehilfe anfallen. Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen (66% der Pflegenden sind Frauen) – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige (oder andere Personen; Anm. der Verfasser) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.⁶³ *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“*

⁶⁰ Anfrage an Statistik Austria

⁶¹ Statistik Austria, www.statistik.at

⁶² Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 8.31

⁶³ Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.⁶⁴ In **Kärnten** wurden **32.100 Personen durch etwa 30.300 Angehörige betreut und gepflegt.**⁶⁵

Als private PflegehelferInnen fungierten laut der Untersuchung des Sozialministeriums vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Die große und wachsende Zahl ausländischer Betreuungs- und Pflegekräfte wurde offenkundig nicht erkannt oder erfasst. Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitete nur Teilzeit, verzichtete für diese Pflege auf Erwerbseinkommen und geriet deshalb in Armutsrisiko.

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Zahl der Menschen über 60 Jahren wird in Kärnten bis 2030 um rund 50% steigen, das bedeutet eine Zunahme von etwa 65.900 Personen.⁶⁶ Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Betreuungs- und Pflegediensten und – einrichtungen bzw. der für Betreuungs- und Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Betreuungs- und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte - die Betreuung und Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

Über 11.400 armutsgefährdete MigrantInnen

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich⁶⁷ (28%) waren 2006 armutsgefährdet.⁶⁸ 79% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommen auskommen, nur 21% steht höheres zur Verfügung.⁶⁹ Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung aus kulturellen Gründen oft den Frauen zugeteilt, was etwa in der muslimischen Bevölkerung zu einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen führt. Mit

⁶⁴ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

⁶⁵ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S. 107

⁶⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap.2.17

⁶⁷ Diese Zahlen beziehen sich nur auf MigrantInnen, die nicht aus dem EU/EFTA-Raum kommen. MigrantInnen aus dem EU-EFTA-Raum (210.000) haben mit 14% eine fast gleiche Armutsgefährdungsquote wie der österreichische Durchschnitt (13%). Die Armutsgefährdungsquote aller MigrantInnen in Österreich, unabhängig von ihrem Herkunftsland, beträgt 24%.

⁶⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

⁶⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.114

nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute meist schwierig. „*Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.*“⁷⁰

In Kärnten lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 32.100 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren etwa 5,7% der Bevölkerung. Weitere 17.800 eingebürgerte Kärntnerinnen und Kärntner (3,4%) waren im Ausland geboren.⁷¹ Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (24%)⁷² bzw. Eingebürgerten (21%) heranzieht⁷³ und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in Kärnten nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass **in Kärnten über 11.400 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet** sind.

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (0 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%).⁷⁴ Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und Frauen wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden sind.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich „das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung“, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.⁷⁵ 67% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.⁷⁶

Kärnten: Etwa 85.700 (2006) Kinder in Kärnten sind unter 15 Jahre⁷⁷ und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Kärnten lebten im Jahr 2007 etwa 29.800 Kinder bis 5 Jahren, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2007/08 befanden sich davon aber nur 13.700 Kinder in Krippen oder Kindergärten. Das heißt, dass nur 46% der Vorschulkinder in Kärnten in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, aber 54% zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.) betreut werden. Die größten Betreuungsmängel gibt es in Österreich bei Kleinstkindern zwischen 0 und 2 Jahren, von denen lediglich 12% in einer Betreuungseinrichtung versorgt werden. Dieser Wert liegt in Kärnten mit 13% etwas über dem österreichi-

⁷⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁷¹ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Kärnten, S.165

⁷² Hier wird die Armutsgefährdungsquote aller MigrantInnen, unabhängig von ihrem Herkunftsland verwendet, da hier von allen die Sprache ist.

⁷³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

⁷⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.38

⁷⁵ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

⁷⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.36

⁷⁷ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap.2.13

schen Durchschnitt.⁷⁸ Die vom Bund nun bereitgestellten zusätzlichen Gelder für Kinderbetreuungseinrichtungen sollten das Angebot verbessern helfen.

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte. „89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.⁷⁹ Und: „Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“⁸⁰ Der Sozialbericht kommt deshalb zum Schluss: „Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“⁸¹ Da sich die Kinderbetreuungsquote in diesem Zeitraum nur geringfügig gesteigert hat, trifft dieser Befund noch immer auf die Situation in Kärnten zu.

Kinder stellen in Österreich mit 250.000 Betroffenen im Jahr 2006 eine der größten armutsgefährdeten Gruppen in Österreich, nämlich ein Viertel aller Armutsgefährdeten, dar. Österreichweit leben 14% (257.000) der Kinder und Jugendlichen (bis 19 Jahre) in Haushalten, die armutsgefährdet sind. Kinder sind damit häufiger von Armutsgefährdung betroffen als die durchschnittliche Bevölkerung.

Dabei sind nicht alle Kinder gleichermaßen von Armut betroffen, eine bedeutende Komponente ist die Familienzusammensetzung. Familien mit nur einem Kind haben die geringste Armutsgefährdungsquote mit nur 8%, gefolgt von Familien mit zwei Kindern die eine Armutsgefährdungsquote von 11% aufweisen. Zu den überdurchschnittlich von Armut gefährdeten Gruppen zählen einerseits Familien mit drei und mehr Kindern (17%) und in besonders hohem Maß die vielen AlleinerzieherInnen (27%). Im Jahr 2007 sind damit in Kärnten, unter Berücksichtigung der Kinderzahl je Familientyp und gleichbleibender Armutsgefährdungsquoten, **rund 24.400 Kinder armutsgefährdet.**⁸²

Beinahe jede vierte Familie mit Kindern in Kärnten war 2007 ein AlleinerzieherInnen-Haushalt (ca. 24.100 der ca. 102.000 Familien mit Kindern). In den Haushalten von AlleinerzieherInnen lebten zuletzt (2007) etwa 32.900 Kinder, 13.500 (41%) von ihnen waren unter

⁷⁸ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2007/2008, S.68

⁷⁹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁸⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸¹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸² Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2006, S. 62, eigene Berechnungen

15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 85% bzw. 20.600 der alleinerziehenden Elternteile in Kärnten waren 2007 Frauen mit zusammen 28.400 Kindern.⁸³

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2006) mit 27% überdurchschnittlich hoch.⁸⁴ Man kann davon ausgehen, dass daher zuletzt (2007) **in Kärnten etwa 6.500 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 15.400 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet** waren, davon rund 85% - etwa 5.600 - Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 13.200 Frauen und Kindern).

Mit 16% überdurchschnittlich hoch ist die Armutsgefährdungsquote auch von Familien mit drei und mehr Kindern.⁸⁵ Solche gab es in Kärnten zuletzt (2007) etwa 10.600 mit zusammen rund 34.900 Kindern, von denen beinahe die Hälfte unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Etwa 60.400 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern, davon waren etwa 1.200 Haushalte alleinerziehend.⁸⁶ Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass (abzüglich der alleinerziehenden Haushalte und in diesen Haushalten lebenden Kinder) **in Kärnten rund 9.000 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind⁸⁷, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben** und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelte erstmals auch die „intergenerationale soziale Mobilität“, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigte sich in Österreich die soziale Selektivität des Bildungssystems. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich dies seit den 1950er Jahren nicht wesentlich verändert hat.⁸⁸

⁸³ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007, S.62f.

⁸⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

⁸⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

⁸⁶ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007, S.62 , eigene Berechnungen

⁸⁷ eigene Berechnung

⁸⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 60

Ein Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen, ist dies nur bei 7% aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangen hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss.

Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird „der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar“.⁸⁹ Während Personen aus elterlichen Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation eine Armutsgefährdung von 15,3% aufweisen und damit eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung haben, sind jene aus Haushalten mit guter oder sehr guter finanzieller Situation mit einer Quote von knapp über 10% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren aus finanziell schlechter gestellten Familien ergibt sich sogar eine Armutsgefährdungsquote von 22,3%, was auf den stärkeren Einfluss des Elternhauses als bei älteren Personen zurückzuführen ist.

Soziale und kulturelle Teilhabe

Armut äußert sich nicht nur durch eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten, sie hat auch Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen. Die verminderte Lebensqualität äußert sich durch schlechtere Wohnverhältnisse, schlechtere Gesundheit oder geringere Entwicklungsmöglichkeiten. Armutsgefährdete Menschen sind zudem in ihren Möglichkeiten zu sozialer und kultureller Teilhabe beschränkt. Der Begriff „soziale Teilhabe“ umfasst dabei den Kontakt der Personen zu Verwandten, Freunden und der Nachbarschaft, den Organisationsgrad in Vereinen, Verbänden oder politischen Organisationen, sowie Freizeitaktivitäten. Wichtig ist die Integration in soziale Netzwerke nicht nur für das Selbstwertgefühl derjenigen/desjenigen, soziale Netzwerke zeichnen sich vor allem durch die zu erwartende Unterstützung und den erleichterten Zugang zu verschiedensten Ressourcen aus. Damit kann die Stärke der sozialen Teilhabe als soziales Kapital interpretiert werden.

Prekäre Lebenssituationen, wie sie bei einkommensarmen und/oder deprivierten Personen häufig auftreten, führen oftmals zu einer Überforderung des sozialen Netzwerkes und damit zu Isolation und mangelnder Unterstützung. Vor allem Arbeitslose, AlleinerzieherInnen und ältere Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität sowie eingeschränkter finanzieller und zeitlicher Ressourcen überdurchschnittlich oft von geringer Teilhabe betroffen. Das Feh-

⁸⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 41

len von regelmäßigen sozialen Kontakten tritt bei Personen, die in Deprivation⁹⁰ leben oder manifest Armen doppelt so häufig auf wie bei nicht Armen. Dies wirkt sich auch auf die Erwartung aus, soziale Unterstützung zu erhalten. So gehen nur 6% der nicht armen Personen davon aus, dass sie im Notfall keine Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn bekommen, aber 14% der armutsgefährdeten, deprivierten oder in manifester Armut lebenden Personen gehen davon aus, keine Unterstützung zu bekommen. Einkommensschwache Personen nehmen auch seltener an kulturellen Veranstaltungen teil und sind weniger oft in Vereinen, Gruppen oder anderen Organisationen beteiligt, sodass sich ihr Netzwerk weiter verkleinert. Armut macht also auch einsam.

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 60% des Gesamteinkommens aus! Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise 30% aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 51% aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.⁹¹

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

Fast ein Drittel aller Einkommen in Kärnten kommen aus Sozialleistungen (15% aller Einkommen) und Pensionen (20% aller Einkommen). **Für 177.000 Kärntnerinnen und Kärntner (35% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.⁹² Ohne Sozialleistungen wären nicht „nur“ 83.000, sondern 175.000 Kärntnerinnen und Kärntner (31% der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm** (ohne Pensionen wären es sogar 264.000 Menschen). 92.000 Menschen kommen in Kärnten durch Sozialleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung

⁹⁰ Unter Deprivation versteht man den beschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und soziale Ausgrenzung aus gesellschaftlichen Bereichen, die nicht notwendigerweise mit monetärer Armut einhergeht. Menschen, die in manifester Armut leben, leiden unter Deprivation und finanzieller Armut.

⁹¹ dazu BMSK: „Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁹² Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.116 ff.

heraus, 83.000 bleiben dennoch armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.⁹³

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Kärnten nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmekenürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken Preiserhöhungen armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits bzw. höhere Belastungen der Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der trotz Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfällt als in vergangenen Aufschwungphasen. Zuletzt sorgen vor allem die deutlich erhöhten Energie- und Nahrungsmittelpreise für Belastungen armutsgefährdeter Haushalte.

Betroffen waren in den letzten Jahren durch öffentliches Sparen auch Einrichtungen, welche die Armut bekämpfen sollen: das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden erschwert, leistbaren Wohnraum bzw. bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die Verdoppelung der Zuwanderung nach Österreich in den Jahren 2000 bis 2005 zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden kaum die entsprechenden Ressourcen für eine Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) gegeben wurden.

Anstieg der Haushaltsausgaben

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der tatsächlichen Armut sind in den letzten Jahren bei eher stagnierenden Einkommen die wachsenden Lebenshaltungskosten. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000 und 2001), die Pensionen

⁹³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „dass *Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren.*“⁹⁴ Und derartige finanzielle Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Jahr 2000 bis 2007 aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind von 2000 bis 2007 überdurchschnittlich stark um 25,4% und Kosten für Bildung sogar um 57,8% gestiegen.⁹⁵ Strom wurde in den Jahren 2003 bis 2007 um 23,1% teurer, Normalbenzin um 27,9%, Gas um 30,8%, Diesel um 39,7% und Heizöl um 66,9%.⁹⁶ Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „*Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional.*“⁹⁷

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulskikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Kärnten 2004/05⁹⁸

Ausgabengruppe	in %	Haushaltsausgaben	Aquivalenzausgaben
		in Euro	
Ernährung	13,9	333	211
Alkohol, Tabak	2,5	59	36
Bekleidung, Schuhe	6,0	144	93
Wohnen, Energie	22,2	534	351
Wohnausstattung	6,8	163	98
Gesundheit	3,1	75	48
Verkehr	16,8	403	245
Kommunikation	2,6	63	41
Freizeit, Sport, Hobby	10,4	249	160
Bildung	1,0	25	12
Hotel, Cafes, Restaurants	4,3	103	66
sonstiges	10,4	250	161
Ausgaben insgesamt	100,0	2.400	1.521

⁹⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁹⁵ http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnitte_der_coicop-hauptgruppen_des_vpi_2000_022141.pdf, Stand 20.05.2008

⁹⁶ Statistik Austria: Jahresdurchschnittspreise für die wichtigsten Energieträger 2003 bis 2007

⁹⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁹⁸ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 203-224; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

Die **durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben** waren in Kärnten zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.400 Euro monatlich im unteren Bereich der Bundesländer. Allerdings liegen in Kärnten einige wichtige Bereiche über dem österreichischen Durchschnitt, wie etwa Ernährung, Bekleidung und Verkehr. mit liegt die Kaufkraft Kärntens weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.⁹⁹

Hohe Wohnkosten in Kärnten

Die Wohnkosten sind in der Regel der größte Ausgabenposten von Haushalten. Der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand in Kärnten (für entgeltlich genutzte Wohnungen) betrug zuletzt (2006) 338 Euro, lag damit um 7% unter dem österreichischen Durchschnitt (365 Euro) und war (nach dem Burgenland) der zweitniedrigste Wohnungsaufwand aller Bundesländer.¹⁰⁰ Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie liegen laut Konsumerhebung (hier werden auch die Kosten selbstgenutzter Eigentumswohnungen und Eigenheime mit eingerechnet) in Kärnten mit durchschnittlich 534 Euro pro Monat unter dem Österreichdurchschnitt (566 Euro). In Kärnten wurden durchschnittlich 22,2% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt (Ö: 22,3%).¹⁰¹

Berufstätige hatten laut Mikrozensus in der Regel in Kärnten wie auch in ganz Österreich einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand zu tragen als Nichtberufstätige. Selbständige und BeamtInnen und Angestellte haben einen höheren Wohnungsaufwand als sonstige ArbeiterInnen, Selbständige in Land und Forstwirtschaft haben den höchsten Wohnungsaufwand aller Berufsgruppen, PensionistInnen dagegen die geringsten Aufwendungen.¹⁰²

Rund 43.000 Kärntner Wohnungen waren 2001 (laut Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen.¹⁰³ In ihnen wohnten etwa 74.000 Menschen. Auch beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – etwa der Wohnbauförderung oder von Wohn- und Mietbeihilfen – wichtig zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen.

⁹⁹ APA0079 5 WI 0417

¹⁰⁰ www.statistik.at: Entgeltlich bewohnte Wohnungen

¹⁰¹ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

¹⁰² Statistik Austria: Wohnen 2007. Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus 2006, S.169ff.

¹⁰³ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Kärnten, S.119

Dennoch: **Für 12% der KärntnerInnen (immerhin 67.000 Menschen) stellten die Wohnkosten zuletzt (2006) eine starke Belastung dar.** Damit liegt Kärnten im Bundesdurchschnitt.¹⁰⁴

Das Kostenniveau ist vor allem für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend. Der Immobilienpreisspiegel 2008 weist für Kärnten durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung – je nach Lage - zwischen 3,40 und 5,30 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert und 4,30 bis 6,50 Euro/m² bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 598 und 954,70 Euro/m² bei einfachem Wohnwert und 798 bis 1.265,50 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren nicht unter 1.250 Euro/m² zu bekommen.¹⁰⁵

Innerhalb von Kärnten gibt es allerdings deutliche Schwankungen der Wohnkosten.

Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Kärnten ein immer größeres Problem dar: 2007 wurden in Kärnten 598 Privatkonkurse eröffnet, das waren um 19% weniger als noch im Jahr 2006. Die durchschnittliche Verschuldung lag bei 143.645 Euro. Kärnten liegt mit der Verschuldung privater Haushalte mit einer Gesamtverschuldung von 85,9 Mio. Euro im Österreichvergleich zwar nur im Mittelfeld; die Verschuldung pro Fall liegt aber deutlich über dem österreichischen Durchschnitt (139.500 Euro).¹⁰⁶

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbstständigkeit, eine Scheidung oder Trennung, die Übernahme von Bürgschaften sowie Hausbau bzw. Haus- oder Wohnungskauf.

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite werden auch deshalb so stark beworben, weil für die Banken in Österreich die Möglichkeit der rigorosen Eintreibung der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehalts-

¹⁰⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006. S.131

¹⁰⁵ Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2008

¹⁰⁶ Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2007

pfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hat in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten viel vorsichtiger vorgegangen wird.

Armut ist ein Gesundheitsrisiko

Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, woraus auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung resultiert. Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf. Ärmere nehmen Fachärzte weniger oft in Anspruch und werden früher und häufiger pflegebedürftig. Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand, doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten bzw. Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt.¹⁰⁷

Neben dem Einkommen ist Bildung der wichtigste Faktor, der sich auf die Gesundheit der Menschen auswirkt.

Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der Wohnverhältnisse: 14% der Armen leben in Wohnungen mit Schimmel oder feuchten Wänden.¹⁰⁸ Menschen mit geringerem Bildungsgrad beurteilen (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer Bildung.¹⁰⁹

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit und psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und Alkoholkonsum.¹¹⁰ Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind – denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher als bei

¹⁰⁷ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

¹⁰⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 153

¹⁰⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.125

¹¹⁰ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

Einkommensstarken. Eine Befragung von 3.328 SchülerInnen (im Alter von 11 bis 15 Jahren) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

Reichtum nimmt auch in Kärnten zu

Was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt und was Armut ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben auch die umfangreichen Arbeiten zum 2. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht (2004/2005) zu keinem Ergebnis geführt. *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht. Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw.“*¹¹¹ Im Zusammenhang mit Reichtum und Vermögen werden daher im deutschen Bericht die Fragen hohe Einkommen, Vermögensverteilung, Betriebs-, Gebrauchs-, Human- und Sozialvermögen, Erbschaften und privilegierte Lebenslagen zumindest ansatzweise behandelt.

Hohe Einkommen

„Bisher ist weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums noch eine allgemeingültige Einkommenshöhe als Abgrenzung entwickelt worden“, heißt es im deutschen Bericht auch.¹¹² Als Menschen *„mit hohem Einkommen“* zählen in Deutschland Personen, die über mehr als das Doppelte (200%) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (konkret mehr als 32.436 Euro) verfügen (1998 waren das 23% der deutschen Bevölkerung). Als willkürliche Grenze eingestuft wurde etwa das Erreichen eines Einkom-

¹¹¹ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.61

¹¹² BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.49

mens von einer Million, dessen Problematik sich bei Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich sei aber auch, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der letzte österreichische Sozialbericht tat.

Wir unternehmen in Anlehnung an den deutschen Bericht den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. Dieser Bericht übernimmt einerseits die deutsche Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „hohe Einkommen“ beginnen (2005 wären das in Österreich 35.984 Euro verfügbares Nettoeinkommen gewesen). Und er definiert weiters als Einkommensgrenze, ab der „Einkommensreichtum“ bzw. „Reichtumswahrscheinlichkeit“ besteht, mit 400% des Medianeinkommens an, das waren 2005 71.968 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel netto verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millionär“ und somit als „reich“.

Laut Lohnsteuerstatistik 2005 waren in Kärnten im Jahr 2005 zumindest **19.300 aller Arbeitnehmereinkommen (8%) und mindestens 3.160 Pensionen (2,3%) als hoch einzustufen**. Die 8% ArbeitnehmerInnen mit hohem Einkommen vereinigten auf sich ein Viertel aller Arbeitnehmereinkommen in Kärnten. Die 2,3% PensionistInnen bekamen 10% aller Pensionen. **2.100 ArbeitnehmerInnen in Kärnten und rund 210 PensionistInnen darunter konnten sogar als einkommensreich bezeichnet werden**, hatten also Einkommen bzw. Pensionen von mehr als 400 % des Medianeinkommens.¹¹³ **2002** – drei Jahre zuvor - waren in Kärnten erst **17.300 (5%)** aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als **hoch** zu bezeichnen, die zusammen erst knapp **17%** aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa **1.800** von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.¹¹⁴ Das heißt, die **Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in Kärnten innerhalb von nur drei Jahren um etwa 4.700 Personen (oder 30%) zugenommen, die Zahl der Einkommensreichen um über 500 (oder 28%). Das Einkommen der BezieherInnen hoher Einkommen haben in dieser Zeit um 30% oder etwa 295 Mio. Euro zugenommen**, die Einkommen der „Reichen“ darunter ebenfalls um 29% (oder 74 Mio. Euro).

Die Einkommensteuerstatistik 2005 weist in **Kärnten 2005 etwa 5.400 Personen** aus, die ein **hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen** hatten. Das waren etwa 12% aller rd. 46.900 selbständig Erwerbstätigen (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten etwa 52% (624 Mio. Euro) aller einkommensteuerpflichtigen Einkommen (1,2 Mrd. Euro) auf sich. Zumindest 850 (insg. 2%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigten auf sich 22% der zu versteuernden Einkom-

¹¹³ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.157 und 168, eigene Berechnung

¹¹⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.139 und 149

men (286 Mio. Euro).¹¹⁵ Die Zahl der Menschen mit hohen einkommensteuerpflichtigen Einkommen hat sich in Kärnten gegenüber 2002 um etwa 440 Personen (7%) erhöht. Ihre Einkommen sind um rd. 7,4% gestiegen.¹¹⁶

Personen mit hohem und sehr hohem Einkommen 2007¹¹⁷

	Personen mit hohem Einkommen	Einkommensreiche	insgesamt
Unselbständig Erwerbstätige	20.150	2.310	22.460
selbständig Erwerbstätige	4.550	850	5.400
Insgesamt	24.700	3.160	27.860

Insgesamt waren damit **im Jahr 2005 27.900 Einkommen in Kärnten als hoch einzustufen**, 3.200 davon sogar als sehr hoch. Die Einkommenssteuerstatistik für das Jahr 2006 ist noch ausständig, aber anhand der Lohnsteuerstatistik ist bereits der weitere Trend bis zum Jahr 2007 zu erkennen. Die Grenzen für hohe Einkommen und Einkommensreichtum haben sich kaum verändert, weil die Medianeinkommen kaum zunehmen. Die Grenze für 200% des Medianeinkommens liegt 2006 bei 35.704 Euro, jene für 400% des Medianeinkommens bei 71.408 Euro. Die Zahl der hohen Einkommen ist in Kärnten jedoch um weitere 14% (von 20.200) auf 23.000 gestiegen. Die Zahl der Einkommensreichen ist um 15% (von 2.300) auf 2.700 Personen gestiegen.¹¹⁸ Mittlerweile liegen auch die Zahlen für das Jahr 2007 vor. Unter der Annahme, dass sich die Grenzen nicht wesentlich verändert haben (hierzu gibt es noch keine neueren Daten), zeigt sich auch hier ein weiteres Wachstum der BezieherInnen hoher und sehr hoher Einkommen in Kärnten. So ist die Zahl der BezieherInnen hoher Einkommen um weitere 10% auf 25.400 Personen gestiegen, die Zahl der Einkommensreichen sogar um 17% auf 3.100 Personen.¹¹⁹

Unter der Annahme, dass die Entwicklung der selbständig Erwerbstätigen sich ähnlich jener der unselbständig Erwerbstätigen verhält, gab es im Jahr 2006 5.200 selbständig Erwerbstätige mit hohem Einkommen, 1.000 weitere waren einkommensreich. Im Jahr 2007 verfügten demnach etwa 5.700 selbständig Erwerbstätige über ein hohes Einkommen, weitere 1.100 waren sogar einkommensreich.

Damit gab es in Kärnten **im Jahr 2006 schätzungsweise 31.800 KärntnerInnen mit hohem Einkommen** von zumindest 36.000 Euro pro Jahr. Etwa 3.600 davon waren sogar einkommensreich, erhielten jährlich also Einkommen von über 71.000 Euro. Im **Jahr 2007 wa-**

¹¹⁵ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S.62 und 112

¹¹⁶ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, S.104

¹¹⁷ Statistik Austria: Lohn- und Einkommensteuerstatistik, eigene Berechnungen

¹¹⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, S.159, eigene Berechnung

¹¹⁹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S. 182, eigene Berechnungen

ren geschätzte 35.300 Personen mit hohem Einkommen zu verzeichnen, 4.200 von ihnen könnten als einkommensreich bezeichnet werden.

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Männer sind in diesen Einkommensgruppen weit stärker vertreten als Frauen.

Große Geldvermögen

Die Höhe des Einkommens entscheidet über das verfügbare Einkommen, die Fähigkeit zur Vermögensbildung, die Höhe von Vermögen und Einkommen daraus.

Über vorhandene Geldvermögen gibt die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank Auskunft. Danach hatten zuletzt (2007) die Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck in Österreich Geldvermögen im Umfang von 454,5 Mrd. Euro.¹²⁰ Pro Haushalt waren dies durchschnittlich 128.500 Euro. Umgelegt auf die rund 234.900¹²¹ Haushalte in **Kärnten** waren im Jahr 2007 rd. **30,2 Mrd. Euro an Geldvermögen** vorhanden. Dazu kommen die Geldvermögen der Wirtschaft (ohne Finanzwirtschaft), in Österreich waren das 2007 297,3 Mrd. Euro¹²² oder durchschnittlich 2,9 Mio. Euro pro Unternehmen. Umgerechnet auf die etwa 5.900 Unternehmen (Kapital- und Personengesellschaften) in Kärnten waren das **weitere 17,1 Mrd. Euro** Geldvermögen¹²³.

Die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung hat auch eine Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung zur Folge. Haushalte mit geringen Einkommen verfügen in der Regel über kein oder wenig Geldvermögen, umso mehr dagegen Haushalte mit hohem Einkommen. Detaillierte Untersuchungen über die Verteilung existieren in Österreich allerdings – im Gegensatz zu anderen Ländern (wie Deutschland) – nicht.

Eine weitere Quelle, die konkrete Hinweise über Geldvermögen gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er weist für Österreich zuletzt (Report 2007) rund 72.600 Dollar-MillionärInnen aus, also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (aktuell ca. 670.000 Euro) besaßen. Das waren etwa 0,8% der Bevölkerung Österreichs.¹²⁴

¹²⁰ www.oenb.at

¹²¹ www.statistik.at

¹²² www.oenb.at

¹²³ Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2004, S. 41

¹²⁴ www.at.capgemini.com

Umgelegt auf **Kärnten** (rund 7% der österreichischen Bevölkerung) würde das etwa 5.000 „Dollar-Millionäre“, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten. Der Report geht davon aus, dass ihre Zahl weiter deutlich zunehmen wird. Mehr als in anderen Kontinenten entsteht in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.

Wenn sich die Situation in Kärnten nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten diese rd. 5.000 KärntnerInnen Geldvermögen von durchschnittlich 3,9 Mio. Dollar (2,6 Mio. Euro) bzw. zusammen etwa 10,3 Mrd. Euro. Das waren um 1,6 Mrd. Euro mehr als sämtliche ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen in Kärnten 2006 brutto verdienten. Wenn die Prognosen des Reports eintreffen, wird sich die Zahl dieser reichen KärntnerInnen bis 2010 auf etwa 5.600 erhöhen.

Nicht berücksichtigt sind in diesen Berichten die Sachvermögen.

Betriebsvermögen der Wirtschaft

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

Zur Sachvermögensbildung investierte die Kärntner Wirtschaft 2004 brutto 2,9 Mrd. Euro.¹²⁵ Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Kärnten 24.992 Gebäude¹²⁶, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen, Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude usw.) dienen. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Unter Heranziehung der Be-

¹²⁵ vgl. Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

¹²⁶ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung – Hauptergebnisse Kärnten, S.12

wertungsmethodik der Arbeiterkammer in ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ ergibt sich ein Gebäudewert von etwa 3,2 Mrd. Euro.¹²⁷

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 weist für Kärnten außerdem 12.809 Wohnungen¹²⁸ aus, die im Eigentum von Unternehmen standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen dienten. Wiederum unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer gab sich ein Gebäudewert von etwa 396 Mio. Euro.¹²⁹

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs – insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte - nur annäherungsweise möglich sind.

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Kärnten waren Ende 2006 96.728 Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienten (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).¹³⁰ Die Land- und Forstwirtschaft war davon Fahrzeughalter von 34.676 Fahrzeugen. Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz einen Wert von etwa 240 Mio. Euro, die anderen Kfz der Wirtschaft von zusammen etwa 435 Mio. Euro, zusammen also einen Wert von etwa 675 Mio. Euro.¹³¹

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaft in Kärnten betrug zuletzt (2005) rd. 12,7 Mrd. Euro. Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (2,54 Mrd. Euro), das Realitätenwesen, die Vermietung und unternehmensbezogene Dienstleistungen (1,94 Mrd. Euro), der Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (1,30 Mrd. Euro), sowie das Bauwesen (1,11 Mrd. Euro).¹³²

Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Ausgehend von einer Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich durch die Arbeiterkammer 1997 und unter Heranziehung einer Studie des Marktforschungsinstituts *Kreutzer, Fischer und Partner*¹³³ zur Neubewertung von landwirtschaftlichen Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln, ergibt sich für die 8.911 km² land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche Kärntens ein Wert von etwa 22,6 Mrd. Euro.

¹²⁷ nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich“ 1997 vorgegangen

¹²⁸ Statistik Austria:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohnen_und_gebaeude/bestand_an_gebaeuden_und_wohnungen/022985.html (Stand: 06.12.2008)

¹²⁹ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

¹³⁰ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

¹³¹ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

¹³² Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen

¹³³ APA0452, 24.2.2004

Unter Zugrundelegung einer Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 und einer Wertsteigerung um 4,4% p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen ergibt sich aktuell ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Kärnten von etwa 11,5 Mrd. Euro.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Kärnten von derzeit etwa 5,8 Mrd. Euro.

Einschließlich der Kraftfahrzeuge ist das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Kärnten aktuell mit etwa 40,1 Mrd. Euro zu bewerten. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

Die Wertschöpfung der Kärntner Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2003) 309 Mio. Euro, was 2,6% des Bruttoregionalproduktes betrug.

Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Die Arbeiterkammer konnte bei ihren Schätzungen 1997 auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings – je nach Region und Lage – enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Niederösterreich errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 15.309) bei einer durchschnittlichen Größe von 82m² einen durchschnittlichen Wert von 1.127 Euro/m² (im Jahr 2008). Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 104.419) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durchschnittlichen Größe von 113m² ein Durchschnittspreis von 1.271 Euro/m² (im Jahr 2008).¹³⁴ Daraus ergab sich 2008 ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Kärn-

¹³⁴ Zahlen aus: Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001, S.96; Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, S.34; Immobilienpreisspiegel 2008

ten von etwa 1,4 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von etwa 15 Mrd. Euro, zusammen demnach etwa 16,4 Mrd. Euro.

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen auch die 455.266 Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2006 registriert waren. Von diesen waren 96.728 dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 2.939 Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden. 356.580 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen.¹³⁵ Legt man einen Neuwert eines Pkw/Kombi mit durchschnittlich 20.000 Euro und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde, so ergibt sich der Wert der PKW/Kombi in Kärnten 2006 von knapp 1,1 Mrd. Euro.

Erbschaften

Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, in Kärnten schätzungsweise 350 Mio. Euro. Für etwa 2,5% aller Haushalte – etwa 14.000 Menschen in Kärnten - verändert sich dadurch jedes Jahr die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus.

Humanvermögen

Bei der Darstellung von Reichtum und Vermögen sind auch immaterielle Bereiche zu betrachten, die über das messbare Geld- und Sachvermögen hinaus gehen. Reichtum und Vermögen „vermögen“ für ihre Nutznießer vieles: bessere Gesundheit, bessere Bildung und Ausbildung, bessere Chance auf Einkommen, mehr Einfluss auf Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Politik u.a.m.

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.¹³⁶ Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 53% der AkademikerInnen und 38% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 13% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.¹³⁷

¹³⁵ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

¹³⁶ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

¹³⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.110

Im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“ wurde darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau der erwerbstätigen KärntnerInnen vom österreichischen Durchschnitt abweicht.

Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001¹³⁸

	Kärnten	in %	Ö in %
Universität oder Fachhochschule	21.883	4,7	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	8.200	1,8	1,7
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	33.026	7,1	6,3
Allgemeinbildende Höhere Schule	19.706	4,2	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	56.741	12,2	11,5
Lehrlingsausbildung	176.139	37,8	33,9
Allgemeinbildende Pflichtschule	149.961	32,2	35,7

Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen, dass Kärnten – bei allen Personen über 15 Jahren (auch nicht Erwerbstätige) - bei höheren Bildungsabschlüssen eher unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt, bei Lehrlingsausbildungen über dem Bundesdurchschnitt. Und wirkt sich natürlich auch auf die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen aus, die in Kärnten 3,7% unter dem Bundesdurchschnitt liegen.¹³⁹

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen noch ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

Reiche, vermögende KärntnerInnen

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND¹⁴⁰ gibt den Reichen und Vermögenden in Österreich seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden sich zuletzt wiederum einige KärntnerInnen.

¹³⁸ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Kärnten, S.18

¹³⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 9.07

¹⁴⁰ TREND. Das österreichische Wirtschaftsmagazin 7/2008

Die reichsten KärntnerInnen 2008 (geschätztes Vermögen in Euro)¹⁴¹

Name	Platz	Vermögen
Die Flick Erben	2	6,1 Milliarden Euro
Horten, Heidi	7	3,4 Milliarden Euro
Haselsteiner, Hans Peter	15	1,7 Milliarden Euro
Kaufmann, Michael, Andrea, Christian	16	-
Soravia, Familie	zwischen 51 und 100	-
Liaunig, Herbert	zwischen 51 und 100	-
Hirsch, Hermann & Robert	zwischen 51 und 100	-

Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Kärnten.

1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuermindernd wirken *Sonderausgaben, Außergewöhnliche Belastungen* und *Werbungskosten*. Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (v.a. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

¹⁴¹ Privatstiftungen: Quellen: Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich, Hoppenstedt

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommenssteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

In **Kärnten** mussten zuletzt (2007) von den 248.868 Arbeitnehmereinkommen 200.211 (80%) aufgrund des Erreichens einer bestimmten Einkommenshöhe Lohnsteuer bezahlen. Von einem durchschnittlichen Brutto-Einkommen von 25.395 Euro pro Jahr wurden 3.656 Euro (oder **14,4%**) als **Lohnsteuer** einbehalten und weitere 15,9% an Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt betragen die Arbeitnehmereinkünfte in Kärnten im Jahr 2007 6,32 Mrd. Euro, von denen 909 Mio. Euro als Lohnsteuer und 1 Mrd. Euro als Sozialversicherungsbeiträge einbehalten wurden.¹⁴² Im Jahr 2002 waren es 5,19 Mrd. Euro bzw. 726 Mio. Euro Lohnsteuern und 821 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.¹⁴³

Die 137.610 Pensionen in **Kärnten** (durchschnittliche Höhe 17.893 Euro brutto jährlich) wurden 2007 mit durchschnittlich **11,4%** (2.032 Euro) **Lohnsteuer** besteuert. Insgesamt betragen die Pensionen in Kärnten im Jahr 2007 brutto 2,43 Mrd. Euro, von denen 280 Mio. Euro an Lohnsteuer einbehalten wurden.¹⁴⁴ Im Jahr 2002 waren es 2,08 Mrd. Euro bzw. 251 Mio. Euro an Lohnsteuer und 89 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.¹⁴⁵

46.945 Personen wiesen in **Kärnten** zuletzt (2005) einkommensteuerpflichtige Einkünfte von zusammen 1,22 Mrd. Euro aus, von denen 348 Mio. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren. Sie mussten im Jahr 2005 von ihren steuerpflichtigen Einkünften in Höhe von durchschnittlich 26.064 Euro durchschnittlich 30,1% (7.848 Euro) an **Lohn- und Einkommensteuer** bezahlen (zum Vergleich: 2002 waren es durchschnittlich 24.524 Euro bzw. **32,1%** oder 7.863 Euro). Von diesen 46.945 Personen (2002: 45.912) waren 18.210 (2002: 18.427) ausschließlich selbständig erwerbstätig, 28.735 (2002: 27.485) hatten auch Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.¹⁴⁶

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit sind v.a. öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen

¹⁴² Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.171

¹⁴³ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.139

¹⁴⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.182

¹⁴⁵ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.149

¹⁴⁶ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S.62 f. und Einkommensteuerstatistik 2002, S.54 f.

und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“¹⁴⁷ gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftsteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34%, seit 2005 nur mehr 25%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2008 mit 5,9 Mrd. Euro veranschlagt.

Von den zuletzt (2004) 5.922 „Veranlagungsfällen“ in **Kärnten** waren 3.386 Unternehmen (oder 51,2%) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 42,8% (oder 2.536) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus. Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von 519 Mio. Euro (= durchschnittlich 153.183 Euro pro Betrieb) auf, von dem noch etwa 182 Mio. Euro (**35%**) an **Körperschaftsteuer** (= durchschnittlich etwa 53.644 Euro pro Unternehmen) zu zahlen waren. 42,8% aller Unternehmen in Kärnten (2.536) hatten kein zu versteuerndes Einkommen ausgewiesen und lediglich Mindestkörperschaftsteuer zu zahlen.¹⁴⁸ Noch vier Jahre zuvor (2000) – im einem Jahr wirtschaftlicher Konjunktur – waren nur 40% der Unternehmen in Kärnten Steuerfälle, die Gewinne von durchschnittlich 196.866 Euro auswiesen und davon 35% (oder 69.637 Euro pro Unternehmen) an Körperschaftsteuer zahlten.¹⁴⁹

Bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen sind 25% von natürlichen wie auch juristischen Personen als Kapitalertragsteuer abzuführen. Auch die Kapitalertragssteuer ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezüge aus Wertpapieren durch die kontoführende Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzuges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Natürliche Personen werden in Österreich 2008 an Lohnsteuer voraussichtlich 20,0 Mrd. Euro, an Einkommensteuer mit 2,85 Mrd. Euro und an Kapitalertragsteuer für Zinsen mit 1,55 Mrd. Euro bezahlen. Das sind zusammen 24,4 Mrd. Euro. Juristische Personen werden 2008 voraussichtlich 5,9 Mrd. Euro an Körperschaftsteuer und weitere 950 Mio. Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das sind zusammen 6,85 Mrd. Euro.

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50%). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitaler-

¹⁴⁷ Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

¹⁴⁸ Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2004, S.46f.

¹⁴⁹ Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2000, S.46f. und 120

tragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt. Und es gilt nicht bei der Körperschaftssteuer, wo ebenfalls seit 2005 einheitlich 25% vom Gewinn zu zahlen ist. Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise. Eine in Österreich zeitweise diskutierte einheitliche Einkommensbesteuerung („flat tax“ in Höhe von 25%) würde – wenn es zu keiner Steuererhöhung für kleine Einkommen soll – daher lediglich zu einer Senkung der Steuern für hohe Einkommen und damit Einnahmefällen in öffentlichen Haushalten führen.

2. Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

Die Umsatzsteuer wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Sie ist mit einem veranschlagten Ertrag von 21,7 Mrd. Euro 2008 die ertragreichste Steuer in Österreich. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde sie abgeschafft.

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2008 mit 5,46 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,8 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,35 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2008 mit 5,16 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 32,3 Mrd. Euro im Jahr 2008 fast die Hälfte der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus. Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Ein-

kommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als eine sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Umgelegt auf Kärnten würde das bedeuten, dass angenommen werden kann, dass die Kärntner Bevölkerung jährlich **etwa 2,2 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern** bezahlt. Das sind durchschnittlich etwas mehr als 3.900 Euro pro Kopf und Jahr bzw. etwas mehr als 9.300 Euro pro Haushalt¹⁵⁰ und Jahr bzw. pro Kopf 325 Euro und pro Haushalt 776 Euro monatlich.

3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Sie machen nur mehr 5% der gesamten Steuereinnahmen aus.

Besteuerung von Geldvermögen

„Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche“ und „ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der *Hypo Investmentbank Liechtenstein* veröffentlicht wurde, welche Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.¹⁵¹

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die Kapitalertragsteuer die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2007 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 2.155 Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2007 mit 3,17 Mrd. Euro¹⁵² bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,15% gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterlagen bisher sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2

¹⁵⁰ 234.900 Haushalte (www.statistik.at)

¹⁵¹ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, Vaduz 2003

¹⁵² Statistik Austria: Gebarungen und Sektor Staat 2007 Teil II, S. 205

bis 60%, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2007 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 135 Mio. Euro angesetzt. Die durchschnittliche Höhe pro Fall betrug zuletzt 1.025 Euro.¹⁵³

Besteuerung von Grund und Boden

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.¹⁵⁴

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

Der Gemeindefinanzbericht 2005 gab die Erträge aus der Grundsteuer für 2004 mit 430,7 Mio. Euro an.¹⁵⁵ Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 53,8 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert lag aber bei etwa 640 Mrd. Euro, war also schon vor wenigen Jahren um das Zwölfwache höher.¹⁵⁶ Es kann angenommen werden, dass auf **Kärnten rund 30 Mio. Euro** jährliche Grundsteuereinnahmen entfallen.

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2008 allerdings mit nur 5 Mio. Euro. Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben diese

¹⁵³ Vgl. dazu Karl Goldberg; „Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich“, ÖGPP, Wien 2008, S.75

¹⁵⁴ Hypo Investment Bank, S.14

¹⁵⁵ Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbericht 2005

¹⁵⁶ Vgl. ÖGPP: „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“

für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2008 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2008 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 650 Mio. Euro geschätzt.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich knapp 1,1 Mrd. Euro. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – 640 Mrd. Euro – beträgt die Grundbesteuerung damit nur etwa 0,2% p.a.

Steuerparadies Privatstiftungen

Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen. Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden nach Angaben des Forums Privatstiftungen Ende April 2008 3.114 Privatstiftungen gegründet. In diesen sind Vermögen (vor allem Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Immobilien) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) - bis zu 60 Mrd. Euro steuerschonend veranlagt. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 20 Mio. Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Denn *„Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“.*¹⁵⁷ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

¹⁵⁷ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren „*erheblichen steuerlichen Erleichterungen*“.¹⁵⁸ Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch „*Die Erbschaftsteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich*“, meint die Bank-Studie: sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.¹⁵⁹ Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftssteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so wird dies auch durch den möglichen Wegfall der Schenkungssteuer geschehen. Denn damit könnten Vermögen künftig völlig steuerfrei in Stiftungen eingebracht werden. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Schenkungsmeldegesetz 2008, durch das für Privatstiftungen die in der Vergangenheit bezahlte Einbringungssteuer in einem Zeitraum von 20 Jahren absetzbar macht.

Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend: Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Medienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt.

4. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Ende 2006 betragen die Steuerrückstände in Österreich nach Angaben des Rechnungshofes 6,615 Mrd. Euro, wovon knapp 1,8 Mrd. Euro vollstreckbar gewesen wären.¹⁶⁰ 2007 betragen die vollstreckbaren Steuerrückstände der Selbständigen und Unternehmen (bei der Umsatz-, Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer) nach Angaben des Finanzministeriums etwa 2,1 Mrd. Euro.¹⁶¹ Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005. Im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzmi-

¹⁵⁸ wie oben, S.11

¹⁵⁹ wie oben, S.16

¹⁶⁰ Presseaussendung APA0196 vom 29.10.2007

¹⁶¹ Presseaussendung OTS0249 vom 25.4.2008

nisterium die hinterzogene Summe damals auf 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.¹⁶² Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab für heuer einen Betrag von 19,9 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.¹⁶³

5. Zusammenfassung

Es ist festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93% der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5% von den Vermögen.

Gegenüber 1994 (2,6 Mrd. Euro) ist der Ertrag aus den Vermögenssteuern in Österreich im Jahr 2007 lediglich um 0,7 Mrd. (auf 3,3 Mrd.) Euro bzw. 27% gestiegen. Der Anteil der Vermögenssteuern an den Steuereinnahmen des Bundes ist von 7 auf 5% zurückgegangen.

Die Lohnsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen um 9,2 Mrd. Euro oder 94% auf 19 Mrd. Euro gestiegen, die „Unternehmenssteuern“ Einkommen- und Körperschaftsteuer sind um knapp 4,4 Mrd. Euro oder 114% auf 8,2 Mrd. Euro gestiegen. Insgesamt trugen Steuern auf Arbeit (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) 2007 mit zusammen 27,2 Mrd. Euro bereits 43% zu den Steuereinnahmen des Finanzministers (63,2 Mrd. Euro) bei (1994 waren es noch knapp 35%).

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern sind seit 1994 sogar um 12,5 Mrd. (auf 31,3 Mrd.) Euro bzw. 56% gestiegen. Sie trugen 2007 knapp 50% bei (1994 waren es noch 55%).

In der Steuerstruktur Österreichs hat sich somit eine deutliche Verschiebung ergeben: Steuern auf Erwerbseinkommen tragen einen deutlich wachsenden Anteil aller Steuern bei. Der Anteil der indirekten Steuern (Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern) ist nach wie vor sehr hoch, aber rückläufig. Bereits sehr gering aber trotzdem rückläufig ist der Anteil der Vermögenssteuern.

¹⁶² APA0386, 20.3.2002

¹⁶³ Presseaussendung APA0415 vom 21.5.2008

Zusammenfassung

Die Untersuchungen zeigten:

- In Kärnten waren zuletzt (2006) 83.000 Menschen oder 14,6% der Bevölkerung armutsgefährdet. Das war die zweithöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer.
- Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut. Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat deutlich zugenommen. Vor allem neue Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbstständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganztägiger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. 12% der Erwerbstätigen in Kärnten hatten 2006 ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat. In Niederösterreich lebten zuletzt (2006) etwa 21.000 „working poor“, Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet oder arm sind.
- 2007 waren in Kärnten nur mehr 55% der Beschäftigungsverhältnisse (133.793) „Normalarbeitsplätze“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Fast ein Drittel der Kärntner Arbeitsplätze (30% bzw. 73.854) war 2007 nicht ganzjährig.
- Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut. Kärnten hatte im Jahr 2007 die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Kärnten unter der Armutsgrenze. 1.800 Haushalte waren aufgrund von Arbeitslosigkeit armutsgefährdet.
- Bildung verringert das Armutsrisiko. Das allgemeine Bildungsniveau der KärntnerInnen ist bei höheren Bildungsabschlüssen geringfügig über, bei Lehrabschlüssen jedoch deutlich über dem österreichische Durchschnitt. Der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen liegt allerdings deutlich unter dem Durchschnitt.
- Fast 24.100 PensionistInnen in Kärnten sind armutsgefährdet, weil ihre Pensionen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen. 68% davon sind Frauen.
- Behinderung und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko. Die Inanspruchnahme des Bundes- und Landespflegegeld liegt in Kärnten zwar über dem Bundesdurchschnitt, dennoch werden der Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige erbracht (Studien sprechen von bis zu 90%), wodurch vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit einschränken (müssen). Die deutliche Zunahme älterer, pflegebedürftiger Menschen wird das Problem weiter verschärfen. Schätzungsweise 32.100 Menschen werden in Kärnten durch etwa 30.300 Angehörige gepflegt.

- Über ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung zumeist den Frauen zugeteilt, was zu einer geringen Erwerbsbeteiligung führt. In Kärnten leben über 11.400 MigrantInnen und Eingebürgerte, die armutsgefährdet sind.
- Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Nur 46% der Vorschulkinder sind in Kärnten in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht. Vor allem für die Mütter bedeutet das oft eine Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit. In Kärnten leben schätzungsweise mehr als 24.400 Erwachsene und Kinder in Alleinerzieherhaushalten oder Familien mit 3 und mehr Kindern in armutsgefährdeten Haushalten. 24.400 Kinder und Jugendliche in Kärnten (oder 15%) - leben in armutsgefährdeten Haushalten.
- Untersuchungen zeigen, dass Armut „vererbt“ wird. Die intergenerationale soziale Mobilität ist sehr gering. Hauptgründe sind die soziale Selektivität des Bildungssystems und die Einkommenssituation des elterlichen Haushalts. Auch die soziale und kulturelle Teilhabe ist bei armutsgefährdeten Menschen deutlich geringer.
- Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung. Für 177.000 Kärntnerinnen und Kärntner (35% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne die Sozialleistungen und Pensionen wären nicht 83.000, sondern 175.000 Kärntnerinnen und Kärntner (31% der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm. 83.000 KärntnerInnen sind dennoch armutsgefährdet, weil die Erwerbseinkommen oder die diversen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen nicht ausreichend Einkommen sichern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmensenkungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung.
- Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben in Kärnten sind eher im unteren Bereich der Bundesländer. In Kärnten wichtige Ausgaben (wie Ernährung, Bekleidung und Verkehr) über dem österreichischen Durchschnitt. Die Kaufkraft Kärntens liegt damit weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.
- Die Wohnkosten werden in Kärnten dennoch von 12% der Bevölkerung (67.000 Menschen) als starke Belastung empfunden.
- Verschuldung erhöht die Armutsgefährdung stark. Kärnten hatte eine über dem Durchschnitt liegende Verschuldung pro Fall. In ganz Österreich ist die Zahl der Privatkonkurse im Steigen.

- Armut ist ein Gesundheitsrisiko. Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, vor allem arbeitslose und alleinerziehende Menschen.
- Reichtum nimmt auch in Kärnten zu. Die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen (mehr als 200% des Medianeinkommens) hat in den letzten Jahren um rund 6.000 (auf etwa 27.900 im Jahr 2005) zugenommen. Vor allem hohe Arbeitnehmer-Einkommen sind weit überdurchschnittlich gewachsen (um 30%).
- In Kärnten verfügten zuletzt (2006) private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck über ein Geldvermögen von schätzungsweise 30,2 Mrd. Euro. Wirtschaftsunternehmen verfügten über weitere 17,1 Mrd. Euro an Geldvermögen.
- In Kärnten leben schätzungsweise 5.000 Menschen mit einem Geldvermögen von mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 670.000 Euro). Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befinden sich auch etliche (7) KärntnerInnen.
- Eine Bewertung der Sachvermögen in Kärnten (Betriebsvermögen der Wirtschaft und Landwirtschaft, Gebrauchsvermögen) zeigt, welche Milliarden-Werte in Kärnten auch im Bereich des Sachvermögens vorhanden sind.
- Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Kärnten.
- Einkommen werden sehr unterschiedlich hoch besteuert. Steuerlich deutlich entlastet wurden in den letzten Jahren lediglich die Unternehmen. Die Umsatz-, Verbrauchs- und Verkehrssteuern machen die Hälfte aller Steuern aus, nehmen aber auf die persönliche Leistungsfähigkeit kaum Rücksicht. Österreich und auch Kärnten sind dagegen Steuerparadies für Vermögende. Steuern auf Einkommen und deren Verwendung bringen 93%, Steuern auf Vermögen nur 5% aller Steuern auf.

Quellenverzeichnis

AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997

AMS: Arbeitsmarktdaten (auf www.ams.at)

BMAS: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, März 2005

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen

Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002

Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbereich 2005, Wien 2005

Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2007, Wien, Jänner 2008

Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, August 2004

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich, Wien 2008

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2008

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, Wien 2005

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, Wien 2008

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2008

Statistik Austria: Gebarungen und Sektor Staat 2007 Teil II, Wien 2008

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Kärnten, Wien 2004

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2007/2008, Wien, Juni 2008

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2000, Wien 2005

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2004, Wien 2008

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, Wien 2004

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, Wien 2006

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, Wien 2007

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, Wien 2008

Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen

Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2006

Statistik Austria: Statistik der Krafffahrzeuge – Bestand 31.12.2006, Wien 2007

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008

Statistik Austria: Verbrauchsausgaben 2004/05 – Hauptergebnisse der Konsumerhebung, Wien 2006

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Kärnten, Wien, Jänner 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, Wien, Juli 2004

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976 – 2006, Wien 2007

Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2007, Wien 2008

Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Wien 2006

Verlagsgruppe News: trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin, Ausgabe 7/2008

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2008

Onlinequellen:

www.at.capgemini.com

www.epp.eurostat.ec.europa.eu

www.oenb.at

www.sozialversicherung.at

www.statistik.at

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 27. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa. 2008 erfolgte die Präsentation eines internationalen Vermögenssteuervergleichs.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Kärnten“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP